



VOLLGELD
INITIATIVE

FÜR KRISENSICHERES GELD:
GELDSCHÖPFUNG ALLEIN
DURCH DIE NATIONALBANK!



Wie passt die Vollgeld-Initiative zu den finanz- und wirtschaftspolitischen Forderungen der SP?

Die SP sieht eine ungebrochene Notwendigkeit, dass die Finanzmärkte grundlegend reguliert werden. Noch massivere Spekulationsblasen drohen zu platzen und weitere Finanzkrisen sind abzusehen. Die zunehmend überbordende Bankenregulierung ändert wenig an der Krisenanfälligkeit des Bankensektors. Ein Grossteil des von Banken geschöpften Geldes fliesst direkt in die Finanzmärkte und erzeugt dort Spekulationsblasen sowie Renditedruck. Die Verzinsung der massiv angewachsenen Finanzvermögen kann hingegen nur von der Realwirtschaft geleistet werden; nur dort findet tatsächliche Wertschöpfung statt. Diese steht unter dem permanenten Druck zur Gewinnmaximierung, damit der Renditehunger der Finanzmärkte gestillt werden kann.

- Die Vollgeld-Initiative schafft Voraussetzungen für eine soziale und effiziente Finanzordnung: Banken dürfen selbst kein elektronisches Geld mehr schöpfen, und somit stehen den Finanzmärkten nicht weiterhin unbegrenzt Geldmittel zur Verfügung. Die Nationalbank erzeugt neben dem Bargeld zukünftig auch das elektronische Buchgeld.
- Neu geschöpft Geld fliesst als Staatsausgaben oder per Bürgerdividende direkt in die Realwirtschaft. Der reduzierte gesamtwirtschaftliche Renditedruck lässt relativ mehr Raum für Genossenschaften und Unternehmensneugründungen.
- Ein demokratisches Geldsystem mit krisensicherem Geld schafft die Voraussetzungen für eine stärkere *Demokratisierung der Wirtschaft*. Die Realwirtschaft wird von einem starken Wachstumstreiber befreit und kann nachhaltiges Wachstum besser anstreben.

Im Folgenden werden die wirtschaftspolitischen Parteipositionen der SP in einen Bezug zur Vollgeld-Initiative gestellt. Die überparteilich konzipierte und lancierte Vollgeld-Initiative schafft die bisher fehlenden Voraussetzungen zur Umsetzung der ökonomischen und gesellschaftlichen Ziele der SP.

Keine weiteren Finanz- und Spekulationsblasen mehr!

Die SP vertritt hinsichtlich der Finanzkrise sowie der notwendigen Konsequenzen, die daraus gezogen werden müssen, eine eindeutige Meinung: *„Wir sind überzeugt, dass die Wirtschaft dem Menschen dienen muss, und nicht umgekehrt. Die globale Finanzkrise hat gezeigt, dass die Finanzmärkte und ihre Akteure nicht dem freien Spiel der Marktkräfte und der Lobbys überlassen werden dürfen“* (<https://www.sp-ps.ch/de/themen/wirtschaft-und-arbeit>). **Diese politischen Forderungen decken sich grundsätzlich mit den Absichten der Vollgeld-Initiative. Sie haben nichts an Aktualität eingebüsst, da die grundsätzlichen Probleme weiterhin bestehen.** Die immer umfangreicheren Bankenregulierungen und verschärften Eigenkapitalanforderungen ändern nicht die prinzipielle Krisenanfälligkeit des Systems sowie die spekulativen Auswüchse: Banken sind weiterhin *too big to fail* und müssen vom Staat gerettet werden, wenn es zu weiteren Finanzkrisen kommt. Zu einer ähnlichen Erkenntnis kommt auch die SP, wenn sie schreibt: *„Die Kapitalbewegungen auf den Finanzmärkten gefährden ganze Volkswirtschaften. Die internationale Finanzspekulation untergräbt die national und regional verfasste Geld- und*

Fiskalpolitik und überträgt regionale Krisen in Windeseile auf die gesamte Weltwirtschaft“ (Parteiprogramm 2010, S. 12).

Die Vollgeld-Initiative zielt auf den Kern dieser gravierenden Probleme: die Geldschöpfung der Banken. Banken schaffen heute elektronisches Geld, indem sie Kredite vergeben oder Wertpapiere und Immobilien kaufen. Das so geschöpfte Geld fliesst faktisch nur zu 20% in die Realwirtschaft. Rund 80% des vom Bankensektor geschaffenen Buchgeldes fliesst ohne Umwege direkt in die Finanzmärkte und schafft dort Finanzblasen gigantischen Ausmasses. Die kaufkräftige Geldmenge M1 wuchs in der Schweiz zwischen 1990 und 2012 um etwa 121%, wohingegen das nominale Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu Marktpreisen um nur etwa 31% anstieg. Das reale BIP erhöhte sich sogar nur um etwa 24%. Daraus ist ersichtlich, dass ein Grossteil des neu geschöpften Geldes in Finanzinvestments wie Aktien, Immobilien, Derivate, etc. geflossen ist. Investitionen im Finanzsektor versprechen aus Sicht der Banken schneller höhere Renditen im Vergleich zum niedrigeren und vor allem langfristigen Investitionshorizont der Realwirtschaft.

Mit der Vollgeld-Initiative soll sich dies grundsätzlich ändern, denn Banken werden selbst kein elektronisches Geld mehr schaffen dürfen. Elektronisches Geld entsteht heute vor allem durch Kredite, die verzinst und getilgt werden müssen. Neu soll eine demokratisch legitimierte Nationalbank das Geld schuld-, zins- und tilgungsfrei in Umlauf bringen und dadurch stabile monetäre Rahmenbedingungen für eine gesunde volkswirtschaftliche Entwicklung schaffen. **Die Nationalbank schöpft neben dem Bargeld zukünftig auch das elektronische Geld und stellt sicher, dass sich die Geldmenge im Dienste der Realwirtschaft entwickelt.** Der dem Geldsystem inhärente Wachstumszwang wird gemindert.

Ja zur Demokratisierung der Wirtschaft – Ja zur Vollgeld-Initiative

Dadurch rückt ein weiteres Ziel der SP in greifbare Nähe: die Demokratisierung der Wirtschaft (*“Die Demokratisierung der Wirtschaft ist eine sozialdemokratische Strategie der Systemveränderung“ S. 15*). Durch ein öffentliches Geldsystem, gesteuert von einer demokratisch legitimierten Nationalbank, entstehen die Voraussetzungen für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, die die Bedürfnisse der Menschen und der Umwelt massgeblich berücksichtigen kann. Wenn die Realwirtschaft weniger die dauernde Verzinsung der Finanzvermögen leisten muss – so wie es heute der Fall ist –, kann sie eher ein qualitatives Wachstum anstreben.

Vollgeld, das durch Staatsausgaben oder eine Bürgerdividende in Umlauf kommt, steht zur Verfügung, ohne dass sich dafür jemand verschulden muss. Damit reduziert sich einerseits der aus der Verschuldung resultierende Wachstumszwang. Andererseits erhöht sich damit letztlich auch das Eigenkapital aller Unternehmen, staatlicher Einrichtungen und Privatpersonen. Damit haben Unternehmen mehr Möglichkeiten, selbst Eigenkapital aufzubauen, und sind weniger auf fremde Investoren angewiesen. Zudem gewinnen Genossenschaften gegenüber Aktiengesellschaften an relativer Stärke, und Familienunternehmen können sich eher halten. Je weniger fremde, rein shareholder-value-fokussierte Eigentümer eines Unternehmens vorhanden sind, desto geringer ist der Wachstumsdruck, und umso mehr ist nachhaltiges Wirtschaften möglich.

Die monetäre Versorgung als zentrale gesellschaftliche Infrastruktur wird umfassend in den Regelungsbereich des Staates zurückgeholt. Dies ist klar im Sinne der SP, wenn sie sagt: *„Statt Privatisierung aller privatisierbaren Bereiche meint sie die Demokratisierung aller demokratisierbaren Bereiche. In der heutigen Gesellschaft bestehen bedeutsame wirtschaftsdemokratische Vorleistungen, an die angeknüpft werden kann: **Mit dem Service***

public gibt es in der Volkswirtschaft Bereiche und Betriebe, die ausserhalb der kapitalistischen Logik angesiedelt sind. Sie haben nicht überrissene Renditeerwartungen von Investoren zu erfüllen, sondern einen staatlich definierten Grundversorgungsauftrag“ (S. 16/17). Diese Beschreibung passt sehr gut zu den von der Vollgeld-Initiative vorgeschlagenen Änderungen unserer monetären Verfassung: Das Geldsystem als Basisinfrastruktur, die das reibungslose Funktionieren des Zahlungsverkehrs für Bürger/innen und Realwirtschaft gewährleistet. Der Finanzmarkt wird im Gesamtinteresse des Landes als *Service public* geordnet. Er trägt vor allem zur Erfüllung der realwirtschaftlichen Bedürfnisse bei und gewährleistet die Kreditvermittlung, den Zahlungsverkehr sowie die Vermögensverwaltung. Die Forderung der SP – *„Eine wirtschaftsdemokratisierende Politik verteidigt den Service public, passt ihn der dynamischen gesellschaftlichen Entwicklung an und versucht, ihn auf weitere geeignete Bereiche auszudehnen“ (S. 17)* – bedingt auch die in Abs. 4 der Initiative postulierte ausgebaute Kontrolle des Finanzmarktes, der heute ein Vielfaches der Realwirtschaft ausmacht.

Das globale Bruttosozialprodukt **betrug** 2015 ca. 75 Billionen \$; die globale Geldmenge und Verschuldung belief sich dagegen auf das Dreifache. Eine solche Wirtschaftsordnung kann nicht im Gleichgewicht sein. Die Schweiz könnte als eine der finanziellen Grossmächte mit ihrer Vollgeld-Reform somit einen vorbildlichen und notwendigen Beitrag zur von der SP postulierten Überwindung des Kapitalismus leisten.

Ausführliche weitere Informationen finden Sie auf unserer Webseite: www.vollgeld-initiative.ch

Initiativtext mit Erläuterungen: www.vollgeld-initiative.ch/erlaeuterungen

Kernbotschaften der Initiative: www.vollgeld-initiative.ch/kernbotschaften

Antworten auf über 100 Fragen: www.vollgeld-initiative.ch/fragen/